

## Medien I

Mit Rheinland-Pfalz haben zehn Bundesländer das neue Abgabenmodell für die öffentlich-rechtlichen Sender gebilligt. Regierungschef Kurt Beck (SPD), der auch Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder ist, sagte laut digitalfernsehen.de am Donnerstag im Parlament in Mainz, „es gehe auch im digitalen Zeitalter um die Sicherung der solidarischen Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mit Blick auf die jetzige Regelung sprach er von großen „Missbrauchsmöglichkeiten“ und einer sehr erleichterten Flucht in „Ausnahmetatbestände“. Beklagt wird unter anderem, dass es eine große Zahl sogenannter Schwarzseher und –hörers gibt.“

Doch wie erklärt er sich dann, dass die Gesamteinnahmen derzeit ca. 200 Mio. Euro höher liegen, als im Jahre 2008 mit der neuen Gebührenperiode geplant war? So hatte man für 2009 mit 7,408 Mrd. Euro gerechnet, für 2010 mit 7,33 Mrd. Euro. (17. KEF-Bericht, S. 164). Laut GEZ waren es jeweils ca. 200 Mio. Euro mehr. Wenn es so bleibt, könnten die Sender in der laufenden Gebührenperiode (2009 bis 2012) mit 800 Mio. Euro Mehreinnahmen rechnen. Wie kann das sein? Gibt es keine signifikante Flucht in Ausnahmetatbestände? Werden die Missbrauchsmöglichkeiten nicht genutzt? Nimmt die Zahl der Schwarzseher und –seher – deutschlandweit gesehen – gar nicht zu?

Es wäre an der Zeit, die Behauptungen nachzuweisen, mit Zahlen zu untersetzen. Sicher, es mag Gegenden geben, in denen weniger Rundfunkgebühr bezahlt wird. Doch im Jahre 2010 lag die „Ausschöpfungsrate“ der Haushalte auf dem Niveau des Jahres 2000.

Sechs Länder haben der Regelung zur Rundfunkgebühr nach Angaben der Mainzer Staatskanzlei noch nicht zugestimmt: Nordrhein-Westfalen, das Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen. Der rheinland-pfälzische Landtag votierte einstimmig.

<http://bit.ly/vGvb2Z>

## Medien II

Die Verhandlungen zwischen ARD und AG DOK über bessere Rahmenbedingungen für die Dokumentarfilmproduktion im deutschen Fernsehen sind gescheitert. Sie wurden nach sechs Verhandlungsrunden, die über zwei Jahre gingen, ergebnislos abgebrochen.



Foto: Falk Weiss

„Wir hätten zwar hier und da ein paar kosmetische und Verbesserungen erreichen können, aber in den zentralen Fragen hat sich die Sender-Seite keinen Millimeter bewegt“, resümiert AG DOK-Vorsitzender Thomas Frickel. Ziel der Gespräche sollte die Vereinbarung fairer Vertragsbedingungen in einem Programm-Bereich sein, der zwar im Mittelpunkt des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags steht, der aber von den Sendern finanziell ausgetrocknet und vernachlässigt wird. Die Mittel für unabhängige Dokumentarfilmproduktionen stagnieren seit Jahren ohne Inflationsausgleich auf unterstem Niveau. Während jede einzelne Sendeminute mit Talkmaster Günter Jauch der ARD 4487,18 Euro wert ist, müssen zeit- und arbeitsintensive dokumentarische Programme mit einem Bruchteil dieses Betrages zurechtkommen.

Dem epd sagte Frickel, zu den derzeitigen Bedingungen sei es für die Produzenten unwirtschaftlich, für die ARD Dokumentarfilme zu produzieren. Die Dokumentarfilmer seien es seit Jahren gewohnt, unter Preis zu arbeiten. Ziel der Gespräche mit der ARD sei gewesen, faire Vertragsbedingungen für einen Programmbebereich zu vereinbaren, der im Mittelpunkt des öffentlich-rechtlichen Programmauftrags stehe, der jedoch von den Sendern „finanziell ausgetrocknet und vernachlässigt wird“. Die Mittel für unabhängige Dokumentarfilmproduktionen stagnierten seit Jahren „ohne Inflationsausgleich auf unterstem Niveau“.

<http://bit.ly/uIXWYU>

## Kurzinformation

☛ Lösung im Kleingärtner-Rundfunkgebühren-Streit? Doch kein doppelter Beitrag?

<http://bit.ly/uiwTLt>

☛ Verbale Umarmung einer ganzen Branche. Arte verteidigt sein neues Programmschema gegen die Kritik, der Sender könnte zu populär werden. Fast 40% des neuen Programmsche-

mas seien Dokumentationen. Doch mehr Quantität bedeutet nicht mehr Qualität. <http://bit.ly/rqLLxh>

☛ Der Markt für Hörspiele verändert sich gerade. Einnahmen im digitalen Vertrieb wachsen, die Zahl der verkauften CDs ist rückläufig. Fortschrittliche Autoren und Regisseure vermeiden Dumpingpreise für ihre Stücke, die es ohne Verbotsschilder gibt. Einen illegalen Tauschhandel in großem Stil gibt es nicht. <http://bit.ly/sxCh0d>

☛ Wenn Deutschlands Journalisten mehr recherchieren würden. Sie könnten tolle Geschichten schreiben, könnten Lügen und Halbwahrheiten aufdecken, sie könnten deren Aussender über den Platz treiben wie einst Real Madrid seine Gegner. <http://bit.ly/sxEAsf>

☛ Ein Armutszeugnis für den Medienjournalismus. Es wächst die Zahl der Ehemaligen aus ARD, ZDF, Deutschlandradio, ORF und SRG, welche öffentlich über Zustand und Zukunft ihres einstigen Arbeitgebers nachdenken. <http://bit.ly/vDzlhZ>

## Zitat der Woche

Werden also in sieben Jahren im gesamten Bundesgebiet neun Ausländer mit derselben Schusswaffe getötet, sind die Ermittlungen – selbst wenn es dafür an den geringsten Anhaltspunkten fehlt – ausschließlich auf das einschlägige, insbesondere das muslimische Milieu zu richten. Ermittlungen gegen Rechtsextremisten hingegen erübrigen sich, denn dafür fehlt es selbst an den geringsten Anhaltspunkten. Diese Ermittlungsmethode soll in Fachkreisen auch als „Henryk-M.-Broder-Ansatz“ bekanntgeworden sein. <http://bit.ly/v0C7f5>

Christian Bommarius, Berliner Zeitung, 15.11.2011

## Out of Space

In Frankreich gibt es eine Behörde, die die Redezeiten der Politiker in den elektronischen Medien kontrolliert, sehr zum Ärger von Politikern und Journalisten.

Sie misst zunächst die Redezeiten der Regierungspolitiker und die der Vertreter der Oppositionsparteien. Addiert ergibt das die Berechnungsbasis für die Quote der parlamentarischen Oppositionsparteien: Sie bekommen in den Programmen die Hälfte der Redezeit des Regierungslagers. Die Sender sind verpflichtet, sich an Quoten zu halten. Eine umständliche und nervige Gängelei, finden viele französische Journalisten. <http://bit.ly/tZF3KT>